



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **keine Mittel für Abschiebungen und "freiwillige" Ausreisen**

Einzelplan **03** Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel	03 14	Regierungspräsidium Darmstadt
	03 15	Regierungspräsidium Gießen
	03 16	Regierungspräsidium Kassel

Buchungskreis: 2263
2264
2265

Zwischenbehördliche Leistung 1 und 3
Nr. lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Leistungen zu den Produkten des HMdIS
Leistungen zu den Produkten des HMSI

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Rund 775 Menschen mussten Hessen bis November 2021 gegen ihren Willen verlassen, sie wurden z.T. in Krisengebieten nach Afghanistan, Somalia und Äthiopien abgeschoben. Außerdem gab es mehr als 1130 „freiwillige“ Ausreisen, wobei nicht klar ist, wie viele dieser Personen aufgrund der Drohung der zwanghaften Rückführung tatsächlich gegen ihren Willen zur Ausreise genötigt wurden. Abschiebungen sind einschneidende Zwangsmaßnahmen, die ein selbstbestimmtes Leben verhindern. Statt Abschiebungen durchzuführen sollen Bleiberechtsregelungen realisiert werden. Die Mittel sowie das Personal, das für die Förderung von freiwilligen Ausreisen und Abschiebungen verwendet werden, können eingespart werden.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske